

Bieler Tagblatt

Dienstag,
11. Juni 2013
Fr. 2.50 Nr. 133 AZ 2500 Biel

Die Tageszeitung für Biel und das Seeland

Wettbewerb



Smileys suchen und gewinnen!

Vom 3. bis 15. Juni 2013

CENTRE BRÜGG
s'isch eifach gälg

Biel Der Platz

Die Bauarbeiten am Ringplatz in der Bieler Altstadt sind beendet. Das BT hat sich umgesehen. **Seite 8**

Post Die Millionen

Die Post investiert viel Geld in Paketautomaten. Warum sie das tut, steht auf der **Seite 6**



Der Winzer und die Liebe

Der Ligerzer Winzer Bruno Martin ist seit neun Jahren geschieden. Nun sucht er in der TV-Sendung «Bauer, ledig, sucht...» eine Partnerin und erklärt dem BT, wie es zu diesem Schritt gekommen ist. **Seeland Seite 13**

Gewagte Kombinationen

Die in Solothurn aufgewachsene Künstlerin Lex Vögli ist in der Bieler Art-Etage zu Gast. Mitgebracht hat sie Dinge, die eigentlich nicht zusammengehören. Auch Stillleben aus Holland spielen eine nicht unwichtige Rolle. **Kultur Seite 18**

Ex-Bieler feiern mit dem FC Köniz

Der FC Köniz ist zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres aufgestiegen und wird nächste Saison in der 1. Liga Promotion spielen. Im Team gibt es viele klingende Namen und solche, die man beim FC Biel besonders gut kennt. **Sport Seite 21**

Heute auf bielertagblatt.ch

ETF 2013: Freuen Sie sich auf diesen Event?

Freuen Sie sich auf das Eidgenössische Turnfest in Biel und der Region? Beantworten Sie die Frage der Woche.

Das Wetter heute im Seeland

Heute ist es grösstenteils trocken. Am Mittag grössere Quellwolken, die aber keinen Niederschlag bringen. Über dem Jura bleibt die Bewölkung dichter.

Rubriken und Serviceseiten

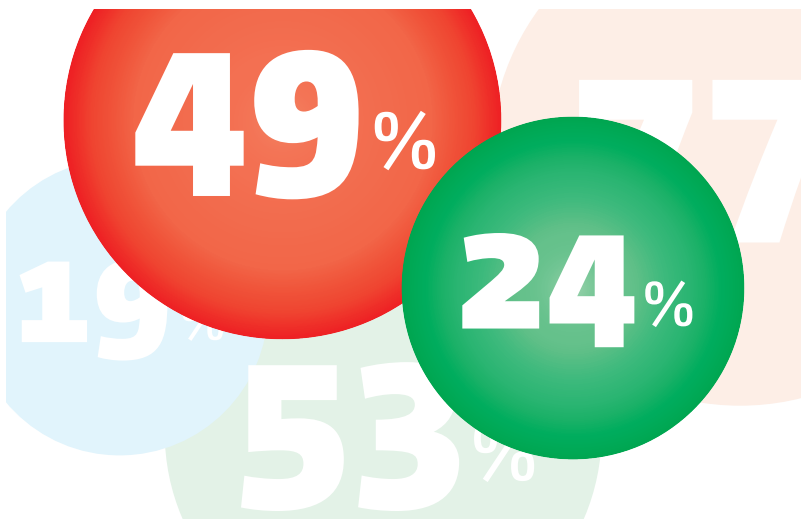
Service	
Börse	5
Leserforum/Sudoku	16
Agenda	17
TV + Radio	23
Wetter	24
Inserate	
Immobilienmarkt	9
Todesanzeigen	11
Stellenmarkt	Mi/Fr/Sa



9771424961000 20024

«Nein» zum Jura

Umfrage 49 Prozent der Bernjurassier sprechen sich momentan gegen Fusionsverhandlungen mit dem Kanton Jura aus. Ein klarer Trend.



Deutliche Tendenz: Im Verhältnis zwei zu eins lehnen die Bernjurassier aktuell Fusionsverhandlungen ab. 19 Prozent wissen aber noch nicht, wie sie stimmen werden. Die repräsentative Umfrage wurde im Mai im Berner Jura durchgeführt. Grafik: BT

Wenn schon am kommenden Sonntag über die Einleitung des Fusionsprozesses mit dem Kanton Jura abgestimmt würde, würden sich 49 Prozent der Bernjurassier dagegen aussprechen. Noch deutlicher wäre die Antwort, wenn die Bevölkerung des Berner Juras direkt über einen Zusammenschluss zu befinden hätte: 53 Prozent würden Nein zu einem neuen Kanton sagen. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Demoscope, die im Auftrag der vier Titel des Bieler Medienhauses Gassmann («Bieler Tagblatt», «Journal du Jura», «Canal 3» und «Tele Bilingue») erstellt wurde.

Mobilisierung wird entscheiden

«Die ersten Tendenzen scheinen auf eine Niederlage hinzuweisen. Die 48 zu

24 Prozent reden bereits eine relativ deutliche Sprache», sagt Marc Bühlmann, Leiter der renommierten Fachzeitschrift *Année Politique Suisse* und Politologe an der Universität Bern. Dies umso mehr, als dass davon auszugehen sei, dass unentschlossene Wähler (19 Prozent) in der Regel eher etwas Status-Quo-näher abstimmen würden. Diese Gruppe tendiere in Vergleichsfallen zu einem grösseren Teil ins Nein-Lager.

Laut Bühlmann ist das Thema so gelagert, dass sich die meisten Stimmbürger bereits zu Beginn der Kampagne eine Meinung gebildet haben. Mit anderen Worten: Es wird bei der Abstimmung vom 24. November (Einleitung eines Fusionsprozesses) weniger um Überzeugungsarbeit als vielmehr um Mobilisierung der jeweiligen Anhän-

gerschaft gehen. Dass die Jurafrage gut fünf Monate vor dem Urnengang vom 24. November im Berner Jura hohe Wellen wirft, belegt die Tatsache, dass nicht weniger als 96 Prozent der Befragten bestätigen, die Fragestellung zu kennen, und dass 77 Prozent zum jetzigen Zeitpunkt an der Abstimmung teilnehmen würden. Das weist auf eine hohe Stimmbeteiligung hin.

Weiter fällt auf, dass Frauen stärker unentschlossen sind als Männer und dass Männer etwas deutlicher gegen einen Fusionsprozess sind als Frauen. Auch sind Junge etwas stärker gegen einen Fusionsprozess als ältere Stimmbürger. Bei der politisch interessierten Bevölkerung ist die Sache hingegen eindeutig: Die Parteifarbe zählt. fm

Biel & Region Seiten 7 und 8

KOMMENTAR

Noch nicht im Trockenen

Die Bernjurassier wollen in einer deutlichen Mehrheit beim Kanton Bern bleiben. Die Ergebnisse der aktuellen Umfrage zeigen ein klares Bild: Rund sechs Monate vor der Abstimmung vom 24. November sind die Pro- und Kontralager bei der entscheidenden Zukunftsfrage zur Kantonszugehörigkeit klar positioniert. Die Bernertruen haben dabei deutlich die Oberhand. Ist damit die Entscheidung gefallen?

Mitnichten. Es wäre nicht das erste Mal, dass die vermeintlich Stärkeren den politischen Prozess verschlafen und es versäumen, die eigenen Kräfte im entscheidenden Moment zum Gang an die Urne zu mobilisieren. Gerade das bürgerliche Lager muss sich eine gewisse Trägheit bei dieser Knochenarbeit vorwerfen lassen – um am Schluss festzustellen, dass man eigentlich über die Mehrheit verfügt hätte, wenn alle aktiv abgestimmt hätten. Und weil der grössere Teil der Bernertruen diesem bürgerlichen Lager zuzuordnen ist, muss betont werden, dass «die Sache» noch keineswegs im Trockenen ist.

Wie wichtig den Bernjurassiern das Thema ist, belegt der ausserordentlich hohe Bekanntheitsgrad der bevorstehenden Abstimmung. Es ist also nicht ein theoretisches politisches Thema, das nicht interessiert, sondern in der Tat eine emotionale Grundsatzfrage der Zugehörigkeit. Wer im Kanton Bern noch nicht begriffen hat, wie die Menschen hinter der ersten Jurakette ticken, soll sich schleunigst darum kümmern. Um ein Wir-Gefühl entwickeln zu können, sind zwei Seiten nötig. Auch der Kanton Bern muss wollen – von ganzem Herzen und mit Überzeugung.



Bernhard Rentsch
Chefredaktor

brentsch@bielertagblatt.ch

Weniger Arbeitslose

Biel Die Arbeitslosenquote steht im Mai schweizweit bei 3,0 Prozent, 0,1 Prozent weniger als im Vormonat. Im Kanton Bern sinkt die Quote von 2,3 Prozent im April auf 2,2 im Mai. In Biel hat die Arbeitslosigkeit um 0,2 Punkte auf neu 4,3 Prozent abgenommen. Der leichte Rückgang lässt sich auf die saisonal bedingte Nachfrage im Gastgewerbe und im Bausektor zurückführen. rau

Wirtschaft Seite 5

Maggingen ist in den Händen des ETF

Turnfest In zwei Tagen wird das Eidgenössische Turnfest (ETF) eröffnet. Auch Maggingen und die Sportschule sind involviert. Das Baspo stellt die meisten Anlagen, Gebäude und Spielfelder dem ETF zur Verfügung. Auch das Wassersportzentrum in Ipsach wird zwei Wochen lang «lahmgelegt.» «Wir sind bereit und freuen uns auf die Sportler», sagt Bruno Tschanz. Der Baspo-Projektleiter hat mit seinem Team

alle Hände voll zu tun. Das Bundesamt für Sport schliesst seine Tore nicht gänzlich, aber der Betrieb ist merklich eingeschränkt. Viele Kurse und auch die Sportler-RS sind nach Tenero verlegt werden. Bis sich ab dem 24. Juni alles wieder normalisiert. Die «Chilbi» findet bis dann in Biel und Umgebung und nicht in erster Linie in Maggingen statt. bmb

Sport Seite 19

Sonne, Wasser, Grill

Beilage Der Sommer steht – mit Verspätung – vor der Tür. Zur Eröffnung der Grill- und Badesaison zeigen wir, wie man auch ohne Fleisch leckere Gerichte auf den Grill zaubern kann. In unserer Sommer-Beilage können Sie ausserdem lesen, wo im Seeland und Jura es sich schön baden lässt, und wie sonnenstrapaziertes Haar gepflegt wird. Schliesslich der Tipp für Aktive: Geocaching. sz

Beilage

Biel & Region

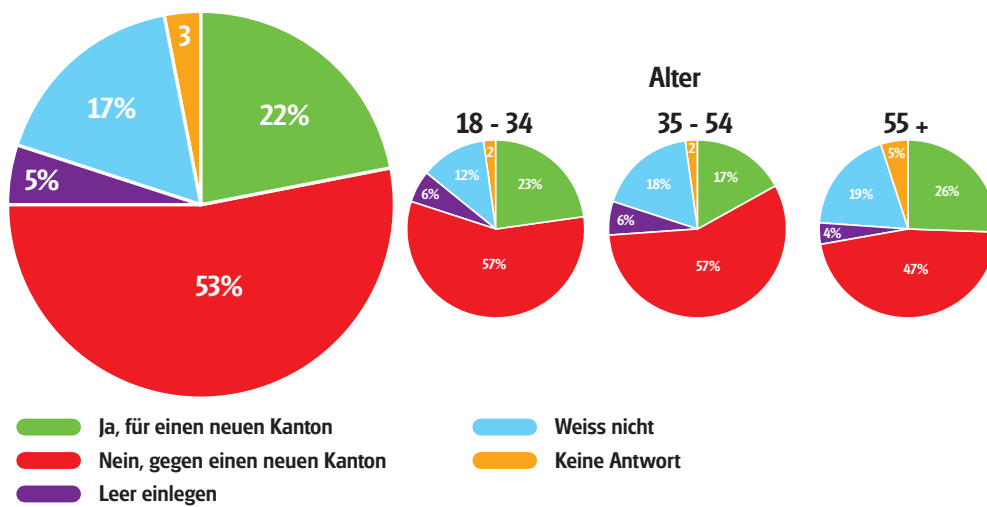
Körper & Geist Der Unfall, der Riss, die Operation

Nach einer Skiabfahrt liegt die Autorin plötzlich schreiend im Schnee. Diagnose: Kreuzbandriss. Die Folgen hat die Verletzte in einem Erfahrungsbericht festgehalten. **Seite 12**

Absage an Grosskanton

Jurafrage Die Bevölkerung des Berner Juras tendiert deutlich zu Bern. In ihrer Argumentation unterscheiden sich Volk und Politik jedoch. Auch bei den Parteien sind die Meinungen gemacht.

Wenn schon kommenden Sonntag über den definitiven Zusammenschluss, also nicht nur über die Einleitung des Fusionsprozesses abgestimmt würde, wie würden Sie selbst entscheiden?



Deutsche Sprache: Die Mehrheit der Bernerjurassier möchte keinen Grosskanton Jura. Dieses Resultat geht aus einer Umfrage hervor, die in allen 49 Gemeinden des Berner Juras telefonisch durchgeführt wurde. 1000 Personen haben die Fragen beantwortet. Grafik BT

Die Frage nach einer Sezession des Berner Juras und die Schaffung eines neuen Kantons Jura ist hoch aktuell. Das zeigt eine repräsentative Umfrage der Forschungsanstalt Demoscope, die im Auftrag des «Bieler Tagblatts» im Mai im Verwaltungskreis Berner Jura durchgeführt wurde. 96 Prozent der Bernerjurassier wissen, über was am 24. November abgestimmt wird.

Die Umfrageergebnisse lassen eine erste Tendenz erkennen: Müsste heute über die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Kanton Jura zur Einleitung eines Fusionsprozesses entschieden werden, dann würden 49 Prozent der Bernerjurassier dies ablehnen. 24 Prozent der Stimmberechtigten möchten hingegen mit dem nördlichen Nachbarn über einen neuen Kanton diskutieren. Würde es hingegen schon jetzt um den definitiven Zusammenschluss der beiden Juras gehen, sähe die Situation anders aus: Eine Mehrheit von 53 Prozent der Bernerjurassier würden dazu Nein sagen. Die Gruppe der Befürworter bleibt hingegen fast stabil bei 22 Prozent. Daraus lässt sich eine zweite Tendenz ablesen: Die unentschiedenen Wähler tendieren eher gegen einen neuen Kanton.

Die Sprache bewegt nur bedingt

In der ganzen Juraregion ist der Abstimmungskampf mittlerweile angelaufen. Die Argumente für oder gegen Fusionsverhandlungen sind dabei so mannigfaltig, wie die jeweiligen Gruppierungen. Mit der Umfrage wird nun zum ersten Mal klar, was die Bevölkerung denkt. Und sie denkt anders, als man es hätte erwarten können. Die Bernerjurassier, die sich einen neuen Grosskanton vorstellen können, betonen die Chancen eines rein französischsprachigen Gebildes – 17 Prozent könnten sich mit einem neuen und grösseren frankophonen Kanton anfreunden. Auf der ande-

ren Seite fürchten sich nur 5 Prozent der Leute vor dem Verlust der Berner Brückenfunktion zwischen den Landesteilen. Das lässt aufhorchen: Ist es doch genau diese Begründung, die sich die Berner Regierung und viele Fusionsgegner als eines ihrer zentralen Gegenargumente auf die Fahne geschrieben haben. Insbesondere in Biel dürfte das nicht gefallen, würde doch die bilingue Stadt bei einer Sezession des Berner Juras als letzter frankophoner Aussenposten im sonst deutschsprachigen Kanton verbleiben.

Aber auch zwei Hauptargumente der Befürworter scheint die Bevölkerung bei weitem nicht zu teilen: Nur 7 Prozent der Bernerjurassier glauben daran, dass im Kanton Jura ihre Interessen besser vertreten wären als bei Bern – für die jurassische Regierung ist genau das aber ein Lockversprechen an den kleinen Nachbarn im Süden. In diesem Zusammenhang glaubt die Bevölkerung auch nicht, dass sie in einem neuen Kanton auf eidgenössischer Ebene besser vertreten wäre (3 Prozent) oder überhaupt als Region mehr Gewicht bekäme (3 Prozent).

Das Ganze muss indes relativiert werden: Immerhin 27 Prozent der Bernerjurassier sehen überhaupt keinen Grund dafür, um über einen neuen Kanton zu verhandeln. Zusammen mit den 24 Prozent ohne Meinung stellen sie die Mehrheit. Etwas fällt schliesslich noch auf und kann als Seitenhieb an die Berner Politik verstanden werden: Nur gerade 23 Prozent sind mit dem aktuellen Zustand zufrieden.

Zugehörigkeit ist keine Geldfrage

Völlig unterschiedliche Meinungen herrschen in der Frage, was die Berner Regierung tun müsste, um die Bernerjurassier davon zu überzeugen, dass sie beim Kanton Bern bleiben. Absolut

keine Rolle spielt in diesem Zusammenhang Geld. Weder wünschen sich die Bernerjurassier zwingend mehr direkte finanzielle Unterstützung (5 Prozent) durch ihre Regierung, noch fordern sie höhere Investitionen in den Wirtschaftsstandort (4 Prozent) oder die Infrastruktur (4 Prozent).

Was bei der Bevölkerung von Seite des Kantons ebenfalls nicht erwünscht ist, ist dass dieser mehr Geld für den Abstimmungskampf aufwirft und sich folglich aktiver für einen Verbleib des Berner Juras bei Bern einsetzt (2 Prozent). Dies ist interessant, weil genau das einige Grossräte vom Regierungsrat gefordert und im Parlament Vorstösse dazu eingereicht hatten. Die Regierung hatte das an einer ausserordentlichen Medienkonferenz im Mai abgelehnt und erneut betont, dass sie wie bei Abstimmungen üblich informieren werde.

Allerdings hat eine Mehrheit der Bernerjurassier durchaus einige Wünsche an den Kanton. Denn nur 12 Prozent sind wunschlos glücklich (ein Viertel der Leute hat dazu keine Meinung). Eine Gruppe möchte, dass sich der Kanton besser um die Integration der Juraregion bemüht (14 Prozent) und ihr mehr Aufmerksamkeit zukommen lässt (12 Prozent). Mit der Förderung der Zweisprachigkeit scheinen aber die meisten zufrieden zu sein. Lediglich 11 Prozent der Bernerjurassier fordern mehr Platz für die französische Sprache.

Wo steht die Politik?

Politisch befinden sich die Gegner von Fusionsverhandlungen grossmehrheitlich im bürgerlichen Lager. So wollen am 24. November satte 68 Prozent der bürgerlichen Wähler ein Nein in die Urne legen. Fast konstant bleibt die Ablehnung wenn es um die Schaffung eines neuen Kantons geht (67 Prozent). Im links-grünen Block sprechen sich

hingegen 43 Prozent für Verhandlungen mit dem Kanton Jura aus (dagegen sind 37 Prozent). Auch in diesem Lager herrscht Konstanz: 38 Prozent der links-grünen würden schon heute einen neuen Kanton begrüssen (42 Prozent würden dies aber ablehnen).

Diese Zahlen zeigen, dass die Meinungen bei den politisch interessierten Bernerjurassier gemacht sind. Die Erklärung dazu liegt in der Parteienlandschaft des Berner Juras. Bei den letzten Grossratswahlen im Jahr 2010 erreichten die Separatisten aus verschiedenen Parteien einen Wähleranteil von ungefähr einem Drittel. Die Partei Socialiste Autonome (PSA) ist mit 20,4 Prozent die wählerstärkste Partei unter ihnen. Und da die PSA ihre Anhänger mobilisieren kann, wird sie ihr Potenzial voraussichtlich ausschöpfen.

Für eine Sezession sprechen sich auch Teile der Grünen und der EVP aus, wobei die Grössenordnung dort nicht zu beziffern ist. Andererseits ist die bernjurassische SP gegen einen neuen Kanton.

Auf bürgerlicher Seite dominiert die SVP – die Wählerstärkste Partei im Berner Jura (22,7 Prozent) tritt vehement für einen Verbleib beim Kanton Bern ein. Sie wird unterstützt von der BDP und der Mehrheit der FDP. Die katholische CVP möchte hingegen einen Fusionsprozess einleiten. Zusammengekommen kommen die Gegner somit auf einen Wähleranteil von gut 60 Prozent.

Diese Zahlen sind indes nicht in Stein gemeisselt: Das Abstimmungsergebnis wird stark von der Mobilisierung der beiden Lager abhängen und somit davon, wie intensiv diese ihre Kampagnen führen werden. Fabian Maienfisch

Link: www.bielertagblatt.ch
 Alle Informationen zur Jurafrage finden Sie in unserem Dossier

SVP präsentiert Kandidaten für die Wahlen

Nidau Die SVP Nidau will an den Wahlen im Herbst nicht nur neu ins Stadtparlament einziehen, sondern auch noch einen Sitz im Gemeinderat gewinnen. Spitzenkandidat für die Exekutive ist der erst 21 Jahre alte Leander Gabathuler. Er würde einen frischen Wind in die Nidauer Regierung bringen, heisst es.

Der SVP Nidau scheint es ernst zu sein mit dem Einzug in das Stadtparlament und in den Gemeinderat im Stedtl. Auf ihrer Webseite stellt die rechte Partei seit kurzem die provisorische Liste der Kandidaten für die Wahlen im Herbst vor.

Dabei rechnet die SVP Nidau sich eine realistische Chance aus, einen Sitz im Gemeinderat zu erhalten. Als Spitzenkandidaten schickt sie den 21-jährigen Leander Gabathuler ins Rennen. Gabathuler ist Betriebswirtschaftsstudent und Tennislehrer.

«Bringt das nötige Wissen mit»

«Er würde einen frischen Wind in die Nidauer Regierung bringen», schreibt die SVP. Und: Gabathuler bringe das nötige Wissen mit, um bei Themen wie der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik einen klar bürgerlichen Kurs zu verfolgen. Mit dem jungen Kandidaten will die konservative Partei auch zeigen, dass man bereit sei, einen Generationenwechsel einzuläuten, wie es in der Medienmitteilung heisst. Gabathuler ist seit Anfang 2012 Vizepräsident und Pressesprecher der SVP Nidau. Auf der SVP-Liste für den Gemeinderat befinden sich auch der ehemalige Stadtrat Roland Lutz und der pensionierte Unternehmer und OK-Mitglied der Bieler Braderie, Victor Sauter.

Für den Stadtrat stehen für die Nidauer SVP unter anderem Roland Lutz und der Ex-Stadtrat Jean-Claude Lièvre auf der Liste. Man habe bewusst auch junge Kandidaten und Frauen auf die Liste gesetzt, erklärt die SVP. So die Geschäftsführerin Ursula Wingeyer, die kaufmännische Angestellte Beatrice Christ und die Rentnerin Chantal Lièvre.

Wahlempfehlung für Hess

Der Medienmitteilung ist zudem zu entnehmen, dass die SVP die bürgerliche Kandidatur für das Stadtpräsidium unterstützt. An der Generalversammlung habe man beschlossen, eine Wahlempfehlung für Sandra Hess (FDP) auszusprechen. Die SVP ist derzeit weder im Stadt- noch im Gemeinderat vertreten. Die Listen sind provisorisch und können sich bis zum 8. Juli noch ändern. **bal**

NACHRICHTEN

Biel War es wieder Brandstiftung?

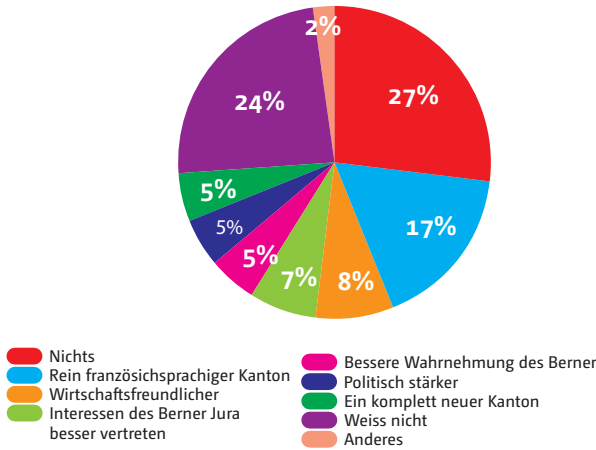
In der Nacht auf gestern wurde die Berufsfeuerwehr zum Friedhof Madretsch (Mösi-Quartier) alarmiert. Auf dem Parkplatz stand ein Personenwagen in Flammen. Obschon die Brandbekämpfer rasch zur Stelle waren, brannte das Fahrzeug total aus. Ob es sich um Brandstiftung handelt, konnte die Kantonspolizei (noch) nicht bestätigen. Verletzt wurde niemand. Die Brandfahndung der Kantonspolizei hat eine Untersuchung eingeleitet. **asb**

Link: www.bielertagblatt.ch
 Bilder des Autobrands

Die Sicht der Bernjurassier auf die Fusion

Ergebnisse Die repräsentative Umfrage zeigt, dass insbesondere die Gruppe der Anti-Separatisten noch Potenzial hat. Aber nur, wenn Berner Regierung und Parteien diese Gruppe zu mobilisieren wissen.

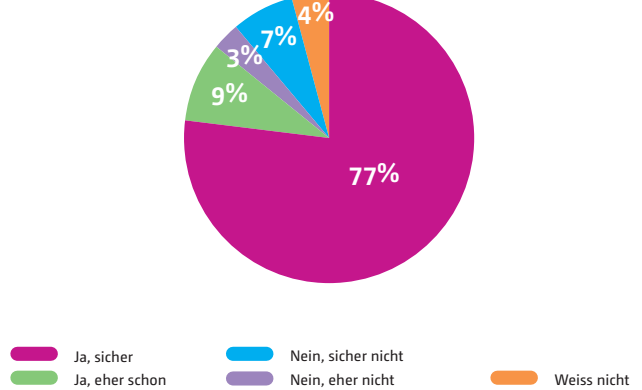
Was spricht Ihrer Ansicht nach für die Einleitung des Fusionsprozesses?



19 Prozent der Bernjurassier wissen heute noch nicht, was sie am 24. November abstimmen werden. Aufgrund vergleichbarer Abstimmungen kann davon ausgegangen werden, dass sie mehrheitlich ins Nein-Lager tendieren werden. Das verstärkt die Ablehnungstendenz gegen Fusionsverhandlungen.

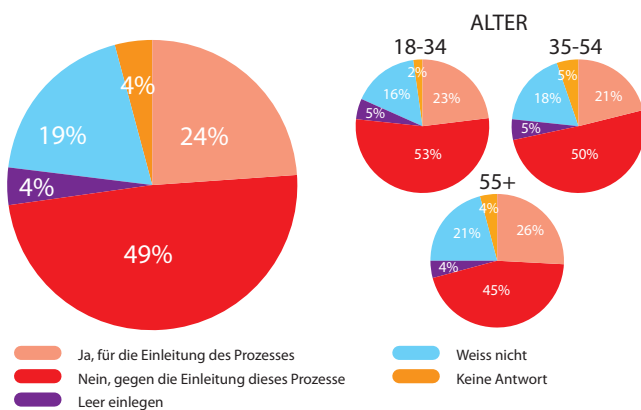
Grafiken: BT

Werden Sie bei dieser Abstimmung im November über die Einleitung des Fusionsprozesses voraussichtlich abstimmen gehen?



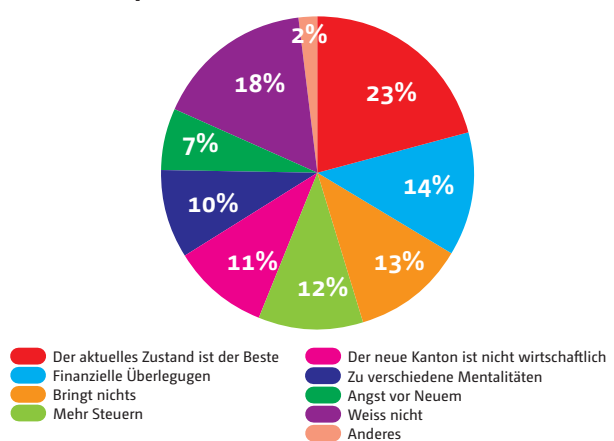
Überwältigende 77 Prozent der Bevölkerung wollen an den Abstimmungen teilnehmen. Zwar sind solche Zahlen mit Vorsicht zu geniessen, aber sie weisen zumindest auf eine hohe Wahlbeteiligung im November hin. Auffallend ist auch, dass gerade ältere Personen abstimmen wollen.

Wenn schon kommenden Sonntag über die Einleitung des Fusionsprozesses abgestimmt würde, wie würden Sie selbst entscheiden?



Gründe für Fusionsprozess: Eine grosse Minderheit der Bernjurassier sehen keinen Grund, der für Verhandlungen über einen neuen Kanton spricht. Gleichzeitig wollen oder können 24 Prozent keinen Grund nennen. Einzig in einem rein französischsprachigen Kanton sehen die Befürworter einen wichtigen Vorteil.

Was spricht Ihrer Ansicht nach gegen die Einleitung des Fusionsprozesses?



Gründe gegen Fusionsprozess: Insgesamt 82 Prozent der Bernjurassier sehen verschiedene Gründe, die gegen die Einleitung eines Fusionsprozesses sprechen. 18 Prozent der Wähler sind in dieser Frage unentschieden.

«Werden künftig Bevölkerung besser mit einbeziehen»

Biel Der «neue» Ringplatz ist gestern eingeweiht worden. Die Stadt und die Kirchgemeinde sind mit dem Ergebnis der Neugestaltung zufrieden.

Der Ringplatz in der Bieler Altstadt ist gepflästert, die Baumaschinen sind verschwunden. Gestern hat Baudirektorin Barbara Schwicker den Platz bei einem kleinen Apéro eingeweiht. «Die Realisierung ist schnell gegangen», sagte Schwicker, nach rund einem Monat war der letzte Pflasterstein bereits gesetzt. «Die Planung hat hingegen etwas länger gedauert», sagte die Baudirektorin rückblickend. Es hat mehr als drei Jahre gebraucht, bis die Neugestaltung mit der dreistufigen Kirchentreppe nun letzte Woche abgeschlossen werden konnte. Dies, weil der Startschuss für die

Umgestaltungsarbeiten im Winter 2010 ohne Baubewilligung der Kirchgemeinde erfolgte. Da auch auf Boden der Kirchgemeinde gebaut werden sollte, reichte diese Einsprache ein. Die Folge: Die Arbeiten wurden umgehend eingestellt und der Ringplatz mit einem provisorischen Teerbelag überzogen. Der Baustopp sollte insgesamt drei Jahre andauern.

Die Verantwortung für die Verzögerung, die Mehrkosten von 460 000 Franken in Form eines Nachkredits mit sich brachte, hat Schwickers Vorgänger, Hubert Klopfenstein, übernehmen müssen. «Das Drama am Ring nehme ich auf meine Kappe», hatte er im August 2012 an einer Stadtratssitzung gesagt und sich entschuldigt.

«Kampf hat sich gelohnt» Mit dem gestern präsentierten Ergebnis scheinen nun alle Be-

troffenen zufrieden zu sein. Ursula Schneider, Sigrstin der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde, war trotz schlechtem Wetter bester Laune. «Toll, sei



Der Teerbelag ist weg: Auf dem Ringplatz in der Bieler Altstadt sind Occasion-Pflastersteine aus Langenthal gesetzt worden. Adrian Streum

der Platz geworden, «der lange Kampf hat sich gelohnt». Die Kirchgemeinde hatte sich gegen die im ursprünglichen Projekt des Gemeinderats deutlich längere

Treppe im Ring gewährt – mit Erfolg. Zwar hatte die von der Kirchgemeinde vorgeschlagene fächerartige Variante mit längeren Stufen im Stadtrat keine Chance auf Erfolg. Aber der Gemeinderat musste noch einmal über die Bücher und einen Kompromiss erarbeiten. So hat die Neugestaltung des Ringplatzes nicht nur drei Jahre, sondern insgesamt auch 1,06 Millionen Franken gekostet. Gepflästert wurde der «neue» Ringplatz mit Occasion-Steinen aus Langenthal.

Nächstes Projekt steht an Schwicker hat gestern angekündigt, dass man bei den nächsten Oberflächenveränderungen in der Altstadt nicht mehr dieselben Fehler wie beim Ring machen werde. Und die nächsten Neugestaltungen stehen voraussichtlich bereits 2014 an: Im unteren Teil

der Altstadt müssen Kanalarbeiten durchgeführt werden. Betroffen sind die Untergasse und die Schmiedengasse. Schwicker sagt, man werde auch da die Chance nützen, den öffentlichen Raum aufzuwerten. «Wir werden versuchen, die Bevölkerung und das Gewerbe von Beginn weg in die Planung mit einzubeziehen, damit wir diesmal nur eine Variante des Projekts ausarbeiten müssen.» Die Baudirektorin ist sich sicher, dass so ein «besser akzeptiertes Resultat» erzielt werden könne. Schwicker kann sich zudem vorstellen, dass die Verkehrsregelung mit den Neuerungen im unteren Teil der Altstadt angepasst werden könnte. Auch ein Fahrverbot für den motorisierten Verkehr schliesst die Baudirektorin zum heutigen Zeitpunkt nicht aus. Lino Scharen